

02.05.2024

# Industriebetriebe sehen Wettbewerbsfähigkeit Europas in Gefahr

Zwar hat die EU als Standort für die rheinland-pfälzischen Unternehmen an Attraktivität verloren – und das besonders deutlich bei den Industriebetrieben – dennoch setzt die Wirtschaft im Bundesland weiter auf den Mehrwert der Europäischen Union: Das zeigt die Landesauswertung des IHK-Unternehmensbarometers zur Europawahl 2024. Die Ergebnisse machen aber auch deutlich, dass Unternehmerinnen und Unternehmer in Rheinland-Pfalz die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft in Gefahr sehen. Diese muss nach der Europawahl dringend gestärkt werden, fordern die Industrie- und Handelskammern in Rheinland-Pfalz. Dabei stehen Bürokratieabbau, eine sichere Energieversorgung und die Fachkräftesicherung ganz oben auf der Agenda der Unternehmen.

## Attraktivität der EU als Unternehmensstandort gesunken

„Der Wirtschaftsstandort Europa läuft trotz der Errungenschaften des gemeinsamen Marktes und einer gemeinsamen Währung Gefahr, im internationalen Vergleich ins Hintertreffen zu geraten“, sagt Arne Rössel, Hauptgeschäftsführer der IHK-Arbeitsgemeinschaft Rheinland-Pfalz. „Betriebe haben immer weniger Freiraum für unternehmerisches Handeln. Damit Investitionen in Digitalisierung, Dekarbonisierung oder Innovation fließen können, muss Europa als Standort für Unternehmen wieder attraktiver werden.“

Aus Sicht der Industrie- und Handelskammern ist es alarmierend, dass die Attraktivität der EU als Unternehmensstandort für mehr als die Hälfte (52 Prozent) der rheinland-pfälzischen Betriebe in den vergangenen fünf Jahren gesunken ist – bei den Industriebetrieben sogar für fast zwei Drittel. Nur vier Prozent aller Unternehmen sehen verbesserte Standortbedingungen. Die Betriebe sehen sich durch Bürokratie und den falschen Fokus blockiert.

Dennoch sieht eine breite Mehrheit der Unternehmen in wichtigen Errungenschaften der EU auch einen konkreten Nutzen für ihr Geschäft. Dazu zählen vor allem Faktoren wie politische Stabilität (79 Prozent), eine gemeinsame, stabile Währung (68 Prozent), einheitliche EU-Normen und Standards (67 Prozent), Zugang zu europäischen Märkten (66 Prozent), weniger Wettbewerbsverzerrungen (59 Prozent), gemeinsame Handelspolitik (58 Prozent) und die Möglichkeit der Fachkräftegewinnung aus anderen EU-Mitgliedsstaaten (58 Prozent).

## Top-Themen für die Politik der EU: Bürokratieabbau, Energieversorgung, Fachkräftesicherung

Bei der Frage nach konkreten Standortverbesserungen ist für 97 Prozent der befragten Unternehmen der Abbau von bürokratischen Belastungen am wichtigsten. „Gerade der Anstieg an Auflagen sowie Melde- und Berichtspflichten sorgen für kaum mehr zu überblickende und praktisch nicht mehr

umsetzbare Anforderungen“, erläutert Manuel Heigl, Politikkoordinator und Koordinator Umfragen der IHK-Arbeitsgemeinschaft Rheinland-Pfalz. „Von Sorgfaltspflichten in der Lieferkette über Produktkennzeichnungspflichten und Verpackungsregularien bis hin zur Nachhaltigkeitsberichterstattung bei der Bilanzierung – die Regelungsdichte bindet immer mehr Zeit und Ressourcen in den Betrieben.“

Mehr als zwei Drittel der Umfrageteilnehmer (70 Prozent) erhoffen sich eine sichere und finanziell tragbare Energieversorgung als zweiten Schwerpunkt der kommenden EU-Politik. „Seit den geopolitischen Verwerfungen mit Russland sind Versorgungssicherheit und bezahlbare Energiepreise nicht mehr selbstverständlich“, stellt Heigl fest. „Das Angebot an erneuerbaren Energien, aber auch Brückentechnologien und die dafür notwendigen Energieinfrastrukturen müssen gerade mit Blick auf die industriegeprägte Wirtschaft in Rheinland-Pfalz schnell ausgebaut werden.“  
Zudem betonen die Unternehmen, dass die Fachkräftesicherung (52 Prozent) und der effektive Schutz vor Cyber- und anderen Angriffen (49 Prozent) weitere Prioritäten der EU sein sollten.

### **Weniger EU-Regulierungslast sichert Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen**

„Entlastungen für die Wirtschaft müssen in der nächsten Legislaturperiode konsequent in die Wege geleitet und umgesetzt werden, damit diese zeitnah und konkret im Unternehmensalltag spürbar werden“, fasst Arne Rössel die Umfrageergebnisse zusammen. „Denn ein resilienter und attraktiver Standort mit wettbewerbsfähigen Unternehmen führt letztendlich auch gesamtwirtschaftlich zu größerem Wachstum.“

Die IHK-Umfrage anlässlich der Europawahl 2024 lief von 19. bis 27. Februar 2024. Aus Rheinland-Pfalz haben rund 100 Unternehmen unterschiedlicher Branchen und Größen teilgenommen.

## **ANSPRECHPARTNER**

Standortpolitik

**DR. MATTHIAS SCHMITT**

Tel.: 0651 9777-901

Fax: 0651 9777-505

[schmitt@trier.ihk.de](mailto:schmitt@trier.ihk.de)